

Pulsnitzer Wochenblatt

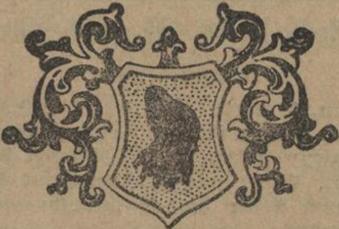
Herausgeber 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz.

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146
Bank-Konto: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz

Erscheinung: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art der Betrieb der Zeitung oder der Besorgung der Druckarbeiten hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Monatlich M 2100.— bei freier Zustellung; bei Abholung monatlich M 2000.— durch die Post monatlich M 2000.— freibleibend.



Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die jeweils gespaltene Zeilenlänge (Masse's Zeilenmaß 14) M. 180.—, im Bezirke der Amtsgerichtsbezirke M. 150.—, übrige Zeile M. 540.—, und M. 450.—. Reklame M. 400.—. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitanbieter und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der M. 17. gebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. — Familien-Anzeigen Ermäßigung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Das Blatt und die Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großböhndorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Sichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Verkaufsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Fab. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Kammer 40

Dienstag, den 3. April 1923.

75. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Sparkasse Ohorn.

Geöffnet jeden Sonntag vorm. 11—12 Uhr in der Schule. — Für Spareinlagen Zinsfuß 4%. — Vermittlung des An- und Verkaufs von Wertpapieren. Abschluß von Lebensversicherungen.

Stadt- und landbekannt

werden Ihre Anzeigen, wenn sie in dem Pulsnitzer Wochenblatt veröffentlicht werden.

Das Wichtigste.

Bei einem am Sonnabend von den Franzosen angerichteten Blutbad in Essen wurden 11 deutsche Arbeiter getötet und 32 verwundet.

Für die Zeit vom 4. bis einschließlich 10. April beträgt das Goldzollausgeld 494 900 vom Hundert.

„Echo National“ gibt einige Erklärungen über die Lage in der französischen Schwerindustrie. Von 219 Hochöfen Frankreichs waren am 1. Januar 1923 116 in Betrieb. Gegenwärtig arbeiten jedoch nur 77. Die übrigen mußten infolge der Ruhrbesetzung geschlossen werden.

Auch in Pariser politischen Kreisen mehren sich die Gerüchte von einer Abdankung Bonar Lams. Auch hier wird Baldwin als sein Nachfolger bezeichnet.

Verbrecherlogik.

Der Bluttag in Essen zeigt der gesamten Kulturwelt mit greller Deutlichkeit die Terrorherrschaft, die die französischen Einbrecherbanden im Ruhrrevier entfalten, und es dürfte ihr nicht länger möglich sein, krampfhaft die Augen vor diesen Verbrechen gegen menschliches und göttliches Recht zu verschließen. Da der Delegierte des Papstes nach den vorliegenden Mitteilungen am Tage des Zusammenstoßes in Essen weilte, so ist es wohl erlaubt, die Erwartung auszusprechen, daß das Oberhaupt der katholischen Christenheit nunmehr endlich aus seiner Zurückhaltung heraustritt und seine Stimme gegen die Grausamkeit der neuen apokalyptischen Ketzer erhebt. Auch der internationale Sozialismus wird, wenn er nicht dem Fluch der Väterlichkeit verfallen will, nun endlich die Sammelhandfläche ausziehen müssen und eine Probe seines Einflusses, der von unseren Sozialdemokraten ja immer als so überragend geschätzt wird, zu geben haben. Dem Berichterstatter der belgischen sozialistischen Abordnung für das Ruhrgebiet, Herrn Wauters, wird es nicht mehr länger möglich sein, seine wahrheitswidrige und das militärische Verbrechen seines Landes und des verbündeten Frankreichs stützende Behauptung aufrecht zu erhalten, die Besetzung der Ruhr sei ebenso wie die der früher besetzten Gebiete Deutschlands ohne jede Brutalität vor sich gegangen. Was ist denn Brutalität, wenn es nicht das Hinmorden und das Mißhandeln wehrloser friedlicher Arbeiter, schutzloser Frauen und Kinder ist?

In Paris ist man klug genug, solche Folgen der Werdend in Essen voraus zu sehen, und man setzt alle Mittel in Bewegung, um ihnen zuvor zu kommen und sie abzumildern. Mit der typischen Verbrecherlogik schreit man: „Haltet den Dieb!“ und wendet jede Lüge und Verleumdung an, um den Herzgang zu verschleiern. Diesmal aber dürften doch die französischen Lügen kurze Beine haben, ganz abgesehen davon, daß die deutsche Regierung ganz selbstverständlich nicht zögern wird, durch eine erschöpfende amtliche Darstellung und durch ihre Notifizierung an alle Exponenten des Friedens-Vertrages von Versailles die Blutschuld Frankreichs vor dem Richterstuhl der Welt anzuprangern. Nein, die Lügen, mit denen die Pariser Presse Frankreichs von der Blutschuld zu reinigen versucht, verdienen keine Wiederholung im Einzelnen, dafür sind sie allzu unstantig und für jeden, auch für den, dessen Sympathien politischer Art auf Seiten der „Siegermächte“ stehen, zu greifbar ungläubhaft. Sie werden nicht ihren Zweck zu erreichen vermögen, sondern sie werden mehr, als das durch irgendwelchen deutschen Protest oder sonst irgend einen Schritt der deutschen Regierung gesehen könnten, die Welt von dem Schicksal Bewußtsein Frankreichs zu überzeugen. Wie sich die Welt dann gegenüber dieser gewonnenen

Erkenntnis verhält, das ist entscheidend dafür, ob man sie noch weiterhin eine Kulturarbeit zu nennen vermag.

Deutsche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Im Volkshilfsverein) findet nächste Woche noch eine Veranstaltung von besonderer Bedeutung statt. Es ist gelungen, den Herausgeber des Kunstwart, Dr. Wolfgang Schumann-Dresden, zu 2 Vorträgen über „Soziologie der Parteien“ (Bedeutung des Parteiwesens in geschichtlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht) zu gewinnen. W. Schumann ist einer der bedeutendsten Publizisten, sein Buch „Parteiwesen und Parteiprogramm“ hat berechtigtes Aufsehen erregt. Er beleuchtet das Parteiwesen nicht vom Standpunkt einer einzelnen Partei, sondern vom allgemein menschlichen Standpunkte, wobei ihm seine staunenswerte Durchdringung aller geistigen Gebiete zu statten kommt. — Die Abende werden nächsten Sonnabend bekannt gegeben.

— (Mütterberatungen) Die nächste Mütterberatungssprechstunde in Pulsnitz findet Mittwoch, den 4. April 1923, nachmittags 3 Uhr im Rathaus — 1 Treppe — statt. — Die Mütterberatung Oberlichtenau findet Freitag, den 6. April nachmittags 3 Uhr in Schrieters Gasthof statt. Arzt wird anwesend sein. Alle jungen Frauen und Mütter aus Friedersdorf, Ober- und Niederlichtenau sind hierzu eingeladen.

— (Achtung! Spitzel!) Wie zur Zeit des Krieges sieht man jetzt wieder in zahlreichen Eisenbahnwagen Zettel mit einer warnenden Inschrift angeheftet. Die Inschrift lautet: „Achtung! Spitzel — beiderlei Geschlechts — in fremdem Solde sind über all tätig! Achtet auf Verdächtige und sorgt, ohne vorzeitige Gewalttat, für ihre Festnahme! Haltet Eure Zunge! Auch manche ernste Ueberlegung eignet sich nicht für öffentliche Gespräche!“ Es ist anzunehmen, daß diese Warnung in den Bahnhöfen auf das ganze Reich ausgeht.

— (Zur Drucksachenvertheuerung.) Durch die politische Arbeiterpresse macht jetzt folgender sehr berechtigter Appell an die werktätige Bevölkerung die Runde. In Anbetracht dessen, daß sein Inhalt für die nächste Zeit noch aktueller werden dürfte, drucken wir diesen Appell ab: „Die Entwicklung der Lebensverhältnisse hat auch das gesamte Personal im Druckgewerbe veranlaßt, fortgesetzt auf Erhöhung seiner Löhne hinzuwirken. Im Frieden stand die Geschäftsführung mit an der Spitze der höchstbezahlten Qualitätsarbeiter, war in den Zwischenjahren jedoch in ihren Forderungen nicht so weit wie z. B. die Metallarbeiter vorgegangen und hat auch jetzt noch nicht ihre ursprüngliche Stellung unter den höchstbezahlten Arbeitern wiedererlangen können. Da die Papierfabrikanten auch jede Preiserhöhungsmöglichkeit in vollem Maße wahrnehmen, so hat das Papier in allen Sorten, Zeitungspapier wie anderes, einen prozentual weit höheren Aufschlag gegen den Friedenspreis erreicht als die Löhne des Personals. Da nun auch die Farben durch die Verwendung von nur aus dem Auslande zu beziehenden Leinölen den vielfachen Friedenspreis heute haben, die Kohlen und der elektrische Strom zum Antrieb und zur Beheizung, die Maschinen und alles, was dazu gehört, die bekannten Höhen im Preise erreicht haben, so kann es eigentlich niemanden wundern, daß auch alle Drucksachenpreise in gleichem Ausmaße teurer werden mußten. Und doch finden sich selbst in werktätigen Kreisen genügend Unwissende, die „die teuren Druckpreise“

nicht fassen können. Und es ist merkwürdig, daß in Gewerkschafts- und Vereinsversammlungen aller Art bei der Jahresrechnung die Posten: „Drucksachen und Anzeigen“ als etwas ganz besonderes herausgegriffen zu werden pflegen und ihre Höhe bemängelt, bestenfalls aber betont wird. Die „teuren Drucksachenpreise“ müssen ebenso in Kauf genommen werden wie alle anderen Preiserhöhungen, und gewalttätige Hintanhaltung des Verbrauchs an Drucksachen, wie sie leider vielfach zu verzeichnen ist, führt letzten Endes nur zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit im Druckgewerbe, die heute schon stark in Erscheinung getreten ist.“

— (Die Kosten der Trauerkleidung.) Nach dem Erbschaftsteuergesetz kann der Erbe die Kosten der kirchlichen und bürgerlichen Beisetzungsfeierlichkeiten von seinem Erwerb absetzen und braucht von diesen Ausgaben keine Erbschaftsteuer zu zahlen. Es war nun zweifelhaft geworden, ob die Beschaffung der Trauerkleidung für den Erben und für das Geblinde des Erblassers zu den Unkosten der Beisetzungsfeierlichkeiten gehören. Der Reichsfinanzhof hat jetzt entschieden, daß die Kosten der Trauerkleidung, wenn sie sich in angemessenen Grenzen halten, von den Erben als Unkosten in Rechnung gestellt werden dürfen.

— (Zurückzahlungen von Hypothekensforderungen.) Vielfach, und gerade in letzter Zeit, ist bei den Hypothekengläubigern die Meinung verbreitet, nicht dazu gezwungen zu sein, ausgeliehene Hypothekengelder, die ihnen zurückgezahlt werden sollen, anzunehmen; sie verweigern die Annahme des Geldes, können aber dazu veranlaßt werden, wenn die Hypotheken oder Grundschulden vom Schuldner ordnungsmäßig gekündigt worden sind. Wohl ist von politischen Parteien verschiedentlich versucht worden, von der Regierung gesetzliche Bestimmungen hinsichtlich der Zurückzahlung der entwerteten Valuta wegen zu erreichen, so erst vor nicht allzulanger Zeit durch das Einbringen eines Sperrgesetzes zum Schutze der Hypothekengläubiger. Jedoch hat bis jetzt die Regierung ein gesetzgeberisches Einschreiten abgelehnt. Vorläufig hat also der Hypothekengläubiger kein Recht, die Annahme des ihm vom Hypothekenschuldner nach ordnungsgemäßer Kündigung angebotenen Geldes zu verweigern, andernfalls er die gesetzlichen Folgen dieser Weigerung zu tragen hat.

— (Die neuen Zweihundertmarkstücke aus Aluminium) können leider mit den früheren Aluminium Fünzigern sehr leicht verwechselt werden, da man sie unbegreiflicherweise ganz in der gleichen Größe wie diese, nur um ein wenig dünner und gleichfalls rund gerieftel hergestellt hat. (Diese Gefahr der Verwechslung wird unseres Erachtens insofern verringert werden, als diese neue Aluminiummünzen dem Anschein nach ebenso rasch aus dem Verkehr in Sammler- oder Hamster Hände verschwinden wird, wie seinerzeit die Aluminium Dreimarkstücke.)

— (Erhöhung der Gerichtskosten.) Mit dem 24. März sind die Gerichtskosten abnormals erhöht worden. Es beträgt danach die volle Gebühr bei vermögensrechtlichen Streitigkeiten bis zu 6000 M.: 400, von da bis zu 12000 M.: 800 M. und von da bis zu 20000 M.: 1200 M. Ueber 20000 M. bis zu 400000 M. kosten weitere je 10000 M.: 400 M., darüber bis zu einer Million je 20000 M.: 600 M., und was mehr als eine Million ist, erfordert für je 20000 M. einen weiteren Betrag von 400 M. Bei nichtvermögensrechtlichen Ansprüchen ist der Normalsatz von 20000 auf 10000 M., der Minimalsatz von 2000 auf 1000 M. und der Höchstbetrag von 5 auf 20 Millionen M. heraufgesetzt worden. Die Kosten eines Prozesses werden